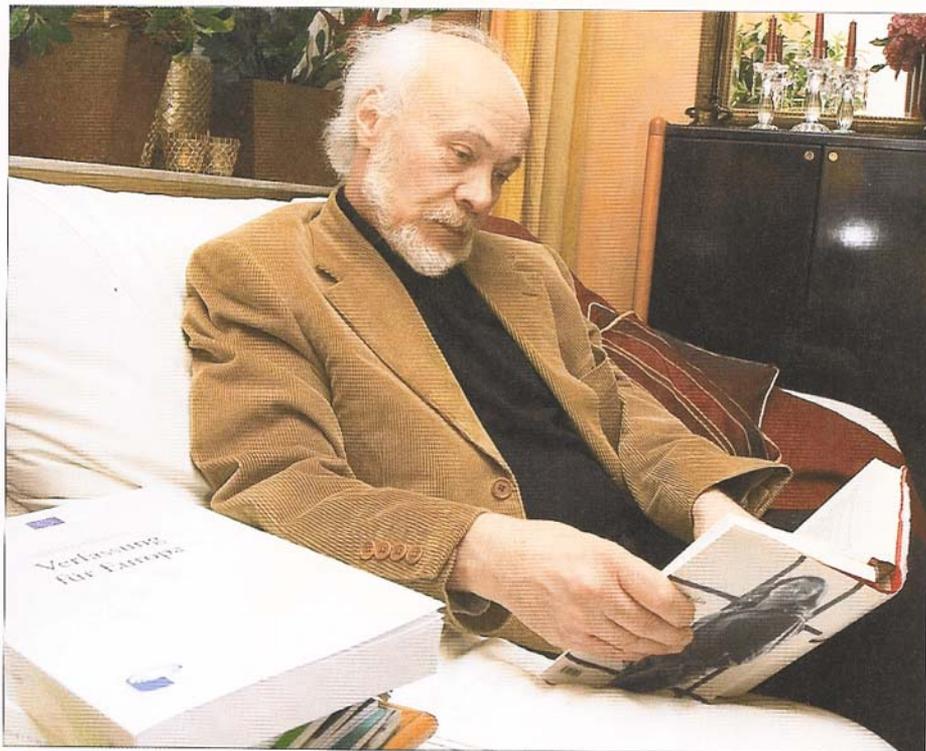


«Konkurrenz statt Werte und Rechte»

Der Escher Sozialschöffe **André Hoffmann** von «Déi Lénk» wird gegen den Vertrag stimmen. Nur ein Nein bringt in seinen Augen die Diskussion über Europa voran.



Ich sollte einem Vertrag zustimmen, in dem alle Mitgliedsstaaten sich zur militärischen Aufrüstung verpflichten? Einem Vertrag, der jede Einschränkung der freien Bewegungen des Kapitals verbietet? In dem der ungezügelter Konkurrenz andere entscheidende Werte und Rechte untergeordnet werden?

Eine Verfassung soll ein relativ kurzer, gut verständlicher Text sein, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheiten, ihre Grundrechte und das demokratische Zusammenspiel der Institutionen festschreiben. Den unverdaulichen Brocken aber, zu dem wir am 10. Juli nur noch Ja oder Nein sagen können, werden die wenigstens von uns überhaupt gelesen haben. Und doch wird diese Verfassung konkrete Folgen haben für unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse, für die Arbeitsplätze, für die öffentlichen Dienstleistungen, für die

Steuergerechtigkeit ... Wenn sie in Kraft tritt, geht es weiter wie bisher: Unsere sozialen Rechte werden abgebaut, die Gewinne der Betriebe steigen schneller als die Löhne, trotzdem entlassen die Unternehmen massenweise, die Arbeitslosigkeit wächst.

Zwar enthält diese «Verfassung» auch eine Charta der Grundrechte. Aber diese Rechte bleiben zu einem großen Teil hinter den Grundrechten zurück, die schon in nationalen Verfassungen oder in internationalen Pakten festgehalten sind. So gibt es hier nicht mehr das Recht auf Arbeit (also die Verpflichtung der Gesellschaft, jedem einen Arbeitsplatz zu verschaffen), nicht mehr das Recht auf eine Wohnung, kein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Einkommen ...

Über den längsten und wichtigsten Teil (den dritten) dieser «Verfassung» wird am wenigsten geredet. Dort wird über 200

Seiten die konkrete Politik festgelegt, die in den kommenden Jahren in der Europäischen Union bindend sein soll. Dort wird der Wirtschaftsliberalismus, die Freiheit des Kapitals in allen Details festgeschrieben. Alternativen zu dieser Entwicklung liegen auf dem Tisch: ein europäisches Sozialrecht mit der progressiven Anhebung der sozialen Standards; die europäische Regelung der Arbeitszeitverkürzung; ein europäisches Investitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen; die Harmonisierung der Unternehmenssteuern; ein europäisches Mitbestimmungsrecht ...

Eine Ablehnung der Verfassung in einem Land bedeutet zunächst einmal nur, dass die bisherigen Verträge weiter gelten. Aber eine große Zahl von Nein-Stimmen könnte endlich eine grundsätzliche und dringend notwendige Diskussion über die künftige Entwicklung Europas auslösen. ■